

agung.

Herzlicher Teilnahme, in unserm lieben Gatten, und Großvaters

Bäckermeister

Herzliche Beizbegleitung, des Herrn Stadtpfarrers, Belang des Ver. Wiedererhebungen des Militärs den herzlichsten Dank.

Hinterbliebenen.

Hausfrauen!

Deutschen Drog. Verbandes... Mittel verhältnismäßig am... kaufen, empfehlen wir... nachstehende Artikel:

- er, Salmiakgeist, Serpentinöl
- Sannamarine, Stoff-Farben,
- Bodenwische u. Stahlspäne,
- garantiert 20% Fett-
- Garantol, Sierereinmach,
- Gebrauch, Strohhüte in
- im Reinigen der Strohhüte
- s mehr.

Gebr. Benz

tr. Telefon 122.

Einladung.

mit Verwandte, Freunde... am 18. Mai 1921

Sara Brenner

geb. Dingler, Pfingstochter des Fr. Dingler, Gemeinde... 12 Uhr.

Einladung.

den Weidung beehren... am 18. Mai 1921

Barbara Betisch

geb. Köhler, Tochter des... 12 Uhr.

Karten

Auswahl bei... handlung, Nagold.

Einzel an jeden Best... Beschlüssen... als Vorboten entgegen.

Preis einschließlich die... mit Inklusiv M. 12... auswärts 12.45

Wachstums-Gebühr für die... wachspalige Seite aus ge... über Sachh. oder... deren Raum von einm... per Einrückung 50 P... bei mehrmaliger Rück... nach Text. Bei gericht... Bezeichnung u. Kontur... ist im Rabatt einb... 12

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Freitag den 18. Mai 1921

Nr. 109

Verbreitete Zeitung im... Oberamtsbezirk. — Ka... zeigen sich daher von... bestem Erfolg.

Der tele. Botenbote wird... 10 Uhr keine Gewähr... übernommen, bei Käuf... über Bestellungen in... Rückgaben aber an der... unbedingten Stelle... In Fällen von spätem... wird keine Rückzahlung... über Bestellungen über... Rückzahlung u. Best... 12

Telegraphen-Nachricht... Gesellschafter Nagold... Postfachkonto: Stuttgart 5113.

95. Jahrgang

Das deutsch-russische Handelsabkommen.

Dem Abkommen der russischen Sowjetregierung mit England über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen ist trotz der Absicht eines Handelsabkommens mit Deutschland gefolgt. Es ist eine vorläufige Regelung, welche die Aufnahme der Handelsbeziehungen ermöglichen soll, bis ein endgültiger und in Breite und Tiefe gehender Handelsvertrag diese einseitigen Beschränkungen erleichtert.

Wird dem Abkommen mit England verfolgt dasjenige, das mit Deutschland geschlossen wurde, hauptsächlich wirtschaftliche Zwecke. Das ist für beide Teile wichtig: für Russland, weil es in seiner seit fast vier Jahren bestehenden Auskultung aus der europäischen Wirtschaft auf die Dauer doch zu Grunde gehen müßte — ein anderes Land von anderer wirtschaftlicher Struktur wäre wahrscheinlich schon zu Grunde gegangen — für Deutschland, weil wir je mehr der Westen uns bedrängt und von den Weltmärkten abdrängt, verschulen müssen, in den gewaltigen Gebieten unserer östlichen Nachbarländer, zu denen wir geographisch, historisch und vermöge unserer wirtschaftlichen Leistungen die nächsten Beziehungen beanspruchen können, unsere Kraft zu betätigen. Der antikapitalistische Gedanke, aus dem heraus die russische Sowjetrepublik geboren wurde, besteht zwar als Lehre noch in starrer Rechtsabrigkeit fort, in der wirtschaftlichen und politischen Praxis aber haben sich die Sowjetdiktatoren längst den härteren Tatsachen gebeugt, und mehr und mehr haben sie nicht nur für die Wiederaufnahme der russischen Wirtschaft kapitalistische Methoden angenommen, sondern erweitern auch ganz im alten kapitalistischen Stil Konzeptionen zur Ausbeutung der natürlichen Reichtümer des Landes an ausländische Kapitalisten. Das geschieht natürlich nicht dem Kapitalismus zu Liebe, und man tut den Moskauer wohl kein Unrecht, wenn man vermutet, daß sie dabei denken, sobald es geht, werde man mit diesen kapitalistischen Konzeptionen ja doch auf die eine oder andere Art fertig werden. Aber ob es gehen wird, ist eben die große Frage und für den Augenblick ist eben ohne Kapitalismus nicht auszukommen. Das sagt Lenin selbst. Er hat vor einigen Tagen demontieren lassen, daß die Sowjetregierung Herrn Sinnes eine Konzeption gegeben habe, aber er hat die Einladung daran geknüpft, wenn Sinnes käme, würden wir sie ihm gerade so gut geben wie jedem anderen". Was dabei aus dem Volksweltwitsch wird, ist eine Sache für sich, und wie wohl der Wille eines bedeutenden Menschen viel ist, so ist er doch nicht alles.

In dem Abkommen mit England trat besonders in der begründeten Einleitung die politische Bedeutung klar hervor. Man wußte, die Sowjetregierung wollte eine Anerkennung, wenn auch nur als Regierung de facto. Diese hat sie erlangt und das ist ihr in der damaligen Lage sehr zu stimmen gekommen. England hingegen wollte in den Gebieten Vorderasiens eine gewisse Sicherung gegen das immer bedrohlichere Vormarschreiten Sowjetrusslands. Das Abkommen enthält ausserordentliche Bestimmungen gerade hierüber, die aber nicht verbindlich haben, daß sich die Sowjetregierung mit England Verträge mit Persien und Afghanistan abschloß, die ungefähr in entgegengekehrter Richtung liefen und England aus diesen Gebieten hinausmanövrieren. Das Abkommen mit Deutschland hat eine solche unmittelbar politische Tendenz nicht. Daß damit die Moskauer Regierung auch von Deutschland formal anerkannt wird, ist freilich eine für Moskau glänzende Tatsache politischer Charakter. Für Deutschland ergeben sich so unmittelbar politische Folgen aus dem Abkommen nicht. Wohl aber ist es für uns von höchster innerpolitischer Bedeutung, daß die Abmachung, wonach die Vertreter der beiden Staaten sich jeder Ratifikation und Propaganda gegen die Regierung und die staatlichen Einrichtungen des Auslandes enthalten zu enthalten haben, streng eingehalten wird.

Daß die deutsche Regierung, wenn auch ährend und nicht immer verständlich in ihren Absichten, ja einen herghaltenen Schritt getan hat, um nach Osten hin die Sperre zu durchbrechen, ist zu begreifen. Sie folgt damit der Notwendigkeit des Augenblicks, aber auch historischen und kulturellen Gesetzen. Zu wünschen ist, daß die wirtschaftlichen Wirkungen des Abkommens sich hüben erweisen, daß sie zum Wiederaufbau Deutschlands und Europas und zur Festsetzung der Atmosphäre von Afrika, Ost- und Vorderasien beitragen mögen, die noch allenthalben verbreitet ist. Wie weit das Abkommen sich auch politisch auswirken mag, das wird sehr von der Einwirkung und dem handlungsreichen Willen der Leute abhängen, denen Deutschlands Schicksal in den nächsten Jahren anvertraut sein wird. Aber das ist ja für uns überhaupt die verhängnisvolle Frage an die Zukunft.

Das neue Reichskabinett im Lichte der Auslandspresse.

Paris, 12. Mai. Die franz. Presse hat die Entwicklung der deutschen Kabinettskrisis mit dem größten Interesse und mit der ganzen Routine einer langen partipolitischen und parlamentarischen Erklärung verfolgt. In den Kommentaren über das neu gebildete Kabinett zeigt sich wiederum die hohe politische Schulung des französischen Journalismus. Abgesehen von dem in Paris erscheinenden englischen Blatt und von den beiden in Paris erscheinenden amerikanischen Blättern,

die alle drei mangels genügender Kenntnis der Verhältnisse Deutschlands sich jeden Urteil enthalten, sind heute die Pariser Blätter reich an interessanten Feststellungen über das neue Kabinett als solches und über die Person des neuen Kanzlers. „Welt Parisien“ sagt: Man weiß, daß Dr. Wirth als „alter ego“ (anderes Ich, Red.) von Erzberger gilt. Mit dem Bizetankterposten, mit dem Handelsministerium und besonders mit dem Innenministerium haben sich die Sozialdemokraten eine erstklassige Kolke zugeeilt. Ein solcher Blick auf die Ministerliste befähigt die Aufklärung, daß in der Frage der Entlassung und besonders in der Frage der Steuererfolge von Seiten der 125 Abgeordneten der beiden konfessionellen Parteien eine heftige Opposition sich bemerkbar machen wird und von Seiten der Unabhängigen und der äußersten Linken dauernde Kritik. Das Kabinett Wirth hat eine Mehrheit von 20-30 Stimmen und wird infolgedessen auf Grund des rechtswidrigen Widerstandes keine feste Regierung sein können. Es wird nur lebensfähig sein, wenn man ihm im Ablande seine Aufgabe etwas erleichtert. Das Kabinett Wirth stellt vielleicht gegenüber die am wenigsten schlechte Kombination dar, wenn man Deutschland nicht den Sitzen, Heilrich, Ludendorff u. Konsorten ausliefern will. — Das „Journal“ schreibt: Die Drohung der Zwangsmassnahmen und die Gewißheit, daß man auf kein Nachgeben rechnen kann, hat im deutschen Volk das Ohr für die aufstrebende Rede der Altkämpfer verschlossen. Die Entente verdammt dieses schändliche Ergebnis der Energie der französischen Haltung. In gewissen deutschen Kreisen sagt man dem Kabinett nur eine kurze Dauer voraus, aber Wirth ist sehr fein und sehr geschickt und er wird nicht verfehlen, die Schwierigkeiten, die er auf dem Wege vorfindet, zu überwinden. — Bertinog schreibt im „Echo de Paris“, ob die Mehrheit sozialdemokratisch an der Regierung teilnehmen oder ob die Sozialpartei sie erhebt, das Verhältnis der Vorübergehenden andere sich nicht. Es sei kein Anlaß vorhanden, auf eine plötzliche Bekehrung des deutschen Volkes u. seiner Führer zu rechnen.

Die Auslandspreise zur Annahme des Ultimatus.

London, 12. Mai. Zu der Annahme der Bedingungen der Alliierten durch Deutschland schreibt „Westminster Gazette“, die Lage sei jetzt sehr geklärt. Die Deutschen hätten das vernünftigste und logischste eingesehen, was sie tun durften. Die Befreiung des Ruhrgebietes würde für Deutschland eine Katastrophe bedeuten haben. Die Bedingungen der Alliierten hätten Deutschland eine Gesamtverpflichtung auferlegt, die sich weit in die Zukunft erstreckte und deren Höhe wahrscheinlich weit außerhalb der Zahlungsfähigkeit Deutschlands liege, wie der Zeitraum, in dem die Zahlungen geleistet werden müßten, außerhalb des Horizonts liege, bis zu dem die jetzigen Politiker sehen können. Ein großer Teil des Planes sei jedoch bedingt durch die Entwertung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die sofortigen Zahlungen würden wohl für Deutschland nicht unmöglich sein. — „Ball Ball and Globe“ erklärt, das deutsche Volk habe sich immer letzter Behandlung in das deutsche Ja vermandelt. Das deutsche Volk werde im großen und ganzen angefaßt der Geschichte der letzten Jahre einsehen, daß der Wille und die Macht der Alliierten eine Willkürlichkeit seien. — Der „Star“ schreibt, wenn die Absicht auf Belegung des Ruhrgebietes bestanden hätte, so müßte sie jetzt, wo Deutschland die Bedingungen der Alliierten angenommen habe, aufgegeben werden. Der Friedensvertrag der Deutschland so richtige Kosten auferlege, Köffe, wie Reichskanzler Wirth mit Recht gesagt habe, auch heilige Pflichten für die alliierten Regierungen. Eine der ersten und dringendsten dieser Pflichten sei, dafür zu sorgen, daß Deutschland in der oberschlesischen Frage fair play zuteil werde. Die Gerechtigkeit, das Selbstbestimmungsrecht der Provinz Oberschlesien und schließlich die Interessen der Alliierten förderten, daß den Ansprüchen der Polen entgegengetreten werde. Wenn Deutschland zahlen sollte, so müßte es jetzt im Frieden geschlossen werden, um im Schwerte seines Angefichts seine nationale und wirtschaftliche Neugestaltung durchzuführen. — Selbst das Reichs-Blatt „Vening News“ nennt die Worte, mit denen Dr. Wirth im Reichstag die Notwendigkeit der Annahme des Ultimatus der Alliierten begründete, fair.

Oberschlesien.

Korfanys Demarkationslinie.

Warschau, 12. Mai. Die „Oberschlesische Post“, eine in Warschau in deutscher Sprache erscheinende politische Zeitung, meldet, daß polnische Kommando veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Auf Grund einer Vereinbarung der obersten Leitung der Truppen der Alliierten mit den alliierten Behörden sind die militärischen Operationen eingestellt und eine Demarkationslinie festgelegt worden, auf welcher die Alliierten die Kontrolle haben. Diese Linie entspricht voll den Stellungen, welche die Alliierten besetzt hatten. Die interalliierten Behörden haben die Garantie übernommen, diese Linie aufrecht zu erhalten und den Waffenstillstand durchzuführen. Die Demarkationslinie läuft längs der Oder bis zur Höhe von Dzierzow, darauf durch Randzisz, westlich von Lesz, Groß-Strelich und Kolonowka, östlich von

Stettinog durch Bohanemij (Kreis Rosenber) bis zur polnischen Grenze. Der Chef des Stabs: Borlowitz. Der Führer der Gruppe: Op: Sant.

Die vollständige Nachgiebigkeit gegen Korfanys.

London, 12. Mai. Die Times melden aus Brüssel, die Verhandlungen zwischen der internationalen Kommission und den polnischen Alliierten hätten zu der Anerkennung der Korfanys Linie als Demarkationslinie der Aufstandsbeziehung geführt. Die internationalen Kommission übernehme die Verantwortung für die Oberaufsicht des Gebiets. Die Alliierten schickten jedoch die Kontrolle der Eisenbahn. Wie das Blatt weiter meldet, ist die Demarkation der Alliierten in Oberschlesien vollständig. Der Times zufolge können Worte die Schirmung und Entrüstung der britischen und italienischen Vertreter nicht schämen. Seit Monaten sei die Parteinahme der Franzosen zu Gunsten der Polen bekannt.

Korfanys Pläne.

London, 12. Mai. „Daily Mail“ zufolge erklärte Korfanys in einer Unterredung mit dem Berichterstatter dieses Blattes, in einer Woche würden seine Streitkräfte die gesamte Provinz, die sie annektieren würden, besetzt halten.

Ratibor und Rattowig bedroht.

Breslau, 12. Mai. Die „Schlesische Volkszeitung“ meldet: Ratibor ist seit gestern Mittag von den Polen umzingelt. In Rattowig wurde der Einmarsch der Polen Mittwoch abend erwartet.

Eine Konferenz zur Besprechung der oberschlesischen Frage.

Berlin, 12. Mai. Nach einer Meldung aus Paris erwartet man vor dem 1. Juni eine Zusammenkunft des Obersten Rates, auf welcher auch die Vereinigten Staaten und Deutschland vertreten sein sollen. Diese Konferenz, die entweder in Belgien oder Italien stattfinden solle, werde die Zahlungsweise und die oberschlesische Frage besprechen. Inzwischen feiern die Polen Siegesfeste und in der „Oberschlesischen Bewegung“ wird ein Tagesbefehl des Kommandeurs der Gruppe Ost veröffentlicht, in dem es heißt und klar heißt: Ihr müßt nicht vergessen, daß der Kampf noch nicht zu Ende ist. Wir müssen weiterhin hart und bereit zur Abwehr jedweden Angriffes sein.

Kleine politische Nachrichten.

Der Völkerverbund und das österreichische Problem.

Genf, 12. Mai. Die Finanzkommission des Völkerverbundes wird am 20. Mai in London zusammenzutreten, um den Bericht der nach Wien entsandten Untersuchungskommission über die Finanz- u. Wirtschaftslage Österreichs zu prüfen. Man hofft, daß bis dahin die Antworten der Alliierten und der anderen Regierungen auf das ihnen übersandte Projekt der finanziellen Wiederaufrichtung Österreichs eingegangen sein werden. Die Finanzkommission hat darin den Mächten die Maßnahmen mitgeteilt, die die Mächte zu treffen hätten, damit der Völkerverbund sich mit Aussicht auf Erfolg mit dem österreichischen Problem beschäftigen können, mit dessen Behandlung die hauptsächlichsten alliierten Mächte im März betraut haben.

Vormärz Wankels gegen die franz. Regierung.

Wien, 12. Mai. Die Konstantinopeler Zeitung „Stambul“ veröffentlicht einen Brief Wankels an die französische Regierung, in dem Wankel Frankreich ein unehrliches Spiel mit der Keilmarmee vorwirft und sagt, Frankreich habe die Keilmarmee in eine verzweifelte Lage gebracht, um die russische Flotte in die Hand zu bekommen und das Verben von Jehanawenden russischer Soldaten auf dem Gewissen, die auf Frankreichs Befehl in den Kampf gezogen seien.

Die Verlängerung des Militärdienstes in Schweden abgelehnt.

Stockholm, 12. Mai. Nachdem beide Kammern des Reichstags gestern die Regierungsvorlage betreffend die Verlängerung der Dienstzeit der Jahrgangsklasse 1921 abgelehnt hatten, hat der Wehrminister Hammarskjöld heute sein Rücktrittsangebot eingereicht.

Die Friedensverträge der Türkei.

Paris, 12. Mai. Welt Parisien erklärt, daß trotz des Widerstandes gegen das französisch-türkische und das türkisch-italienische Abkommen in der Nationalversammlung von Ankara die Ratifizierung des von Welt Sami Bey geschlossenen Abkommens auf gutem Wege ist.

Beabsichtigter Besuch des Königs der Belgier in England.

London, 10. Mai. Amlich wird gemeldet, daß der König der Belgier vom 4.-8. Juli ds. J. in England einen offiziellen Besuch abstatten wird.

Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses.

Die Schwarzen im besetzten Gebiet.

London, 12. Mai. Im Unterhaus erklärte Chamberlain, die Frage der Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses würde auf der bevorstehenden Reichskonferenz erwogen werden. Er wane nicht, daß das Parlament eine Gelegenheit erhalten werde, diesen Vertrag vor seiner Erneuerung

zu erstern. — In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte Washington Coats, daß die Gesamtzahl der ausgebildeten von Frankreich im Rheinland verwendeten farbigen Truppen etwa 23 000 betrage. Von diesen seien 18 500 Eingeborene Nordafrikas und die übrigen seien Eingeborene Madagaskars und anderer Kolonien. Reger würden nicht verwendet. In anderen Teilen der deutschen besetzten Gebiete ständen keine farbigen Truppen.

Die Erhebung der Rheinzölle überall in Kraft.

Berlin, 12. Mai. Aus Düsseldorf wird berichtet: Seit gestern wird die Zollrevision in allen Teilen des besetzten Gebietes scharf gehandhabt. Heute vormittag um 10 Uhr trat die Zollrevision an den Rheinflößlingen in Kraft. Infolge der wachsenden Zolllastung wurde nunmehr auf sämtlichen Stationen des Direktionsbezirks Mainz im Verkehr untereinander, sowie mit dem übrigen Deutschland alle Eil- und Frachtgüter über Düsseldorf, Worms und Limburg geschickt.

Räumung Düsseldorf nach der ersten Zahlung.

Berlin, 12. Mai. Die im Düsseldorfer Gebiet liegende französische Division bleibt dort, bis Deutschland die erste Milliarde bezahlt hat, die „alsbald“ in Gold und gleichwertigen Papieren zu zahlen ist. Dann wird auch Düsseldorf geräumt und die Franzosen gehen dem Vertrag entsprechend auf den Rhein zurück.

Einstellung des französischen Vormarsches.

Köln, 12. Mai. Die Nachricht von der Annahme des Ultimatum durch den Reichstag ist in der vorübergehenden Nacht bei dem kommandierenden General der Besatzungstruppen in Düsseldorf eingetroffen. Darauf sind, wie die „Köln. Ztg.“ mitteilt, die Vorbereitungen für den weiteren Vormarsch von französischen Truppen in das Ruhrgebiet einstweilen eingestellt worden. Ueber die weitere Frage, ob zu erwarten ist, daß die Besatzung von Düsseldorf und Duisburg von den Besatzungstruppen wieder verlassen werden, ist im Augenblick an den zuständigen Stellen in Düsseldorf etwas Bestimmtes nicht bekannt.

Die Frage der Umbildung des preussischen Kabinetts.

Berlin, 12. Mai. Eine Unterredung des preussischen Ministerpräsidenten Siegel mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Belg ergab, laut „Vorwärts“, Uebereinstimmung in der Ueberzeugung, daß es notwendig sei, unmittelbar nach Pfingsten eine Umbildung des preussischen Kabinetts im Sinne der verschiedenen Parteigruppierung im Reich auszuführen. — Dem „Tagblatt“ zufolge seien Zentrum und Demokraten mit der Umbildung der preussischen Regierung prinzipiell einverstanden, zumal das Kabinetts Siegel von vornherein nur als Uebergangskabinetts gedacht war.

Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer.

Stuttgart, 12. Mai. Präsident Adorno eröffnete die 4. Tagung der Landwirtschaftskammer mit Begrüßungsworten. Von der Regierung sind anwesend die Regierungsräte Strebel und Wang.

Präsident Adorno ertannte an die schwere Notlage, in der sich das deutsche Vaterland befindet, das um Sein und Nichtsein kämpft. Uebermüdete Feinde wollen uns Sklavensklaven anlegen, einen Volk, das der Ueberlebung zum Opfer fiel. Es ist mehr als je Pflicht der Landwirtschaft, die größtmögliche Produktion zu erzielen und alle Mittel zu erweitem, um die Produktion zu heben. Wir hoffen, daß die Einsicht wächst über die veralteten Bestimmungen der Zwangsmaßnahmen, damit diese endlich fallen. (Sehr richtig!) Die Forderung des Preisgesetzes ist ein Beispiel dafür, wie es auch bei Milch und Getreide gehen wird. Nachdem es der deutschen Regierung gelungen ist, namhafte Mengen an Aus-

landsgetreide zu sichern, ist der Zeitpunkt gekommen, die Zwangsmaßnahmen zu beseitigen. Umso mehrwünschlicher ist es, daß das Hauptziel der Landwirtschaft, das Korn, im Preis um 50% erhöht wurde. Die chemische Großindustrie ist allmächtig. Im Kampf gegen sie, die eine Art Besetzung des Volkes treibt, müssen Arbeiter und Landwirt zusammenstehen. Der Präsident schloß mit der Hoffnung, daß es dem deutschen Volke gelingen werde, die schwierige Zeit zu überwinden. Dann gedachte er noch des Todes von Oekonomierat Lutz Reutlingen und widmete ihm einen Nachruf. Das Haus hatte sich von den Sigen erhoben.

Sodann beriet der Geschäftsführer der Landwirtschaftskammer, Direktor Ströbel, über die Grundpläne zur Forderung der Fliegenzucht, der Schlügelzucht, der Bienen- u. Fischzucht. Erzieht ist u. a. die Gründung von Ortslegenzuchtvereinen und deren Zusammenschluß zu Bezirksvereinen mit Führung eines gemeinsamen Handbuchs, Errichtung von Ausflugsfliegenhöfen, Vorkurse für Jünger, Förderung der Teichwirtschaft und Forstzucht, was ohne Aussprache angenommen wird.

Landesökonomierat Boyen, Leiter der Landes-Buchstelle, trug den Grundplan für Lehrgangsprüfung landwirtschaftlicher Lehrlinge vor. Voraussetzung für Zulassung zur Prüfung ist jurisdiktorische 2-jährige praktische Belegen in nicht mehr als zwei Wirtschaften. Für Landwirtschaftler ist 1 Jahr Belegzeit in fremdem Betrieb vorgeschrieben. Der Plan über die Einführung der Belegprüfung wurde nach längerer Debatte mit einigen Abänderungen angenommen. — In der Diskussion sprachen Dipl.-Landwirt Huber, Landesökonomierat Köhler, Oekonomierat Feiner, Geheimrat Beresboe, Aus-

Helft dem ostmärkischen Deutschtum und den aus der Ostmark Vertriebenen!

Sendet Spenden an den Deutschen Ostbund Berlin S.W. 68 auf das Postfachkonto Berlin 104 726.

pächter Hermann-Hohennählingen, Hermann-Schaubert, Oekonomierat Boyen, Stiegel-Adenegg, Schultheiß Dangel-Reiffingen, Ströbel, Hermann-Blaufelden, Gustav-Wilger Lang-Balpingen, Walter Strauß-Bödingen, Kapler-Jellbach, Dr. Frank Oberlinburg. — Ein Antrag auf Erhöhung der Lohn- und Ueberwachungsgebühren für die Kammermitglieder wurde ohne Debatte angenommen.

Der Bericht über die Tätigkeit der Württ. Landwirtschaftskammer spricht von 7 Geschäftszweigen. Hauptaufgabe der Kammer ist die Produktionssteigerung auf allen Gebieten des Pflanzenbaues und der Tierzucht; ferner besteht die Kammer die Verteilung und Bereicherung des Grundbesitzes, die Steuerpolitik, Preisfragen, Versicherungsfragen usw. Die Grundpläne geben auch den Landwirten Aufschluß über das Arbeitsgebiet der Kammer.

Landesökonomierat Feiner Neuhaus berichtet über die Erweiterung der Entschuldigungsverpflichtung für an Nachfränkheiten bei Maul- und Klauenseuche gefallenes Vieh und brachte folgenden Antrag ein: „Die Staatsregierung zu ersuchen, in den Fällen, wo der ursächliche Zusammenhang der Nachfränkheiten mit der Maul- u. Klauenseuche festgestellt ist, eine Entschuldigungsverpflichtung zu gewähren; ferner die Regierung zu ersuchen, erneut zu prüfen, ob schwerwiegende Bedenken gegen eine Verlängerung der Entschuldigungsverpflichtung von Vieh von 4 auf 6 Wochen bestehen, ohne die Tierhalter zu schwer zu belasten.“

In der Aussprache kamen Weber-Waldhausen, Köhler, Gumbach, Hermann-Blaufelden, Schwabert-Oberlinburg zum Wort. Der Antrag wurde angenommen. Es folgten Hauspläne für das Rechnungsjahr 1921 und Rechnungswesen 1920/21. Die Umlage der Landwirtschaftskammer wird nach Maßgabe des Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetzes

erhoben. Der Umlagefuß wird auf 70 J für 100 M Stenerkapital festgesetzt. Das entspricht einer Einnahme von 1 960 000 Mark. In der Diskussion sprachen von Galt-Schödingen, Lang-Balpingen, Oberlinburg, Schüt-Stuttgart.

In der weiteren Aussprache zum Haushaltsplan der Kammer spielte die Frage der Bildung einer forstlichen Abteilung bei der Kammer. Wie die 200 000 M vorgesehen sind, eine Hauptzweck. Die Vertreter der Forstwirtschaft beantragten durch Forsttrat Köhler, die Bildung dieser Abteilung um ein halbes Jahr hinauszuschieben bis die Frage der Errichtung einer Forstkammer, für die der Landtag Interesse gezeigt hat, geklärt ist. Direktor Ströbel und Präsident Adorno wiesen darauf hin, daß in anderen Ländern die Sache auch bereits geregelt ist, daß die Forstwirtschaft bei der Landwirtschaft ist. 17 Oberämter beim Gauverbände hätten das dringende Verlangen gestellt, die forstliche Abteilung sofort zu errichten. Während die Herren des Forsttrats in der forstlichen Abteilung der Kammer das erste und letzte Wort hätten, erhebe es sich, ob bei der reinen Forstkammer nicht der Kreisbesitzende Vorschlag entscheidend mitzusprechen hätte. In der Aussprache beteiligten sich zwei Dutzend Redner. Der Antrag Köhler wurde gegen 10 Stimmen abgelehnt. Die forstliche Abteilung der Kammer wird also errichtet. Angenommen wurde auch ein Antrag Lang-Balpingen betr. Zulassung von Ausländern aus den Vorlandbesitzungen der Kammer, sowie verschiedene Anträge auf Erhöhung einzelner Staatskapitel. Der ganze Haushaltsplan wurde einstimmig angenommen. Dann fand noch ein Vortrag über den Reduktionsplan mit Karten und Lichtbildern statt. — Schluß der Sitzung: 9 Uhr. — Nächste Sitzung: Donnerstag vorm. 8 Uhr: Getreidebewirtschaftung, Reduktionsfrage u. a.

Aus Stadt und Bezirk.

Regeld, 13. Mai 1921.

Landwirte und Sommerzeit.

Der Landwirtschaftliche Hauptverband hat nachfolgende dringende Eingabe an das Reichskabinetts Berlin, an den Deutschen Reichstag und an das Württ. Staatsministerium abgeben lassen:

Wie verlautet, soll bei der Reichsregierung die Wästel bestehen, die Sommerzeit in diesem Jahre wieder einzuführen. Der Vorherrscher des Landwirtschaftl. Hauptverbandes hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, gegen diese Wästel entschieden Protest einzulegen und das dringende Ersuchen zu stellen, mit aller Mühe diese, die landwirtschaftlichen Interessen schädigende Entscheidung zu verhindern. Eine besondere Begründung unserer Standpunkte erübrigt sich wohl, zumal die unzulässigen Wästel der Sommerzeit aus den früheren Jahren zur Genüge bekannt sein dürften.

Die bereits in der Eingabe zum Ausdruck gebracht ist, glaubt der Landwirtschaftl. Hauptverband im Sinne aller Landwirte zu handeln, wenn er diese unzulässige Entscheidung ihnen von Hause hält. Kein Landwirt habe irgend einen Vorteil durch sie — aber am allerwenigsten diejenigen, welche mit fremden Arbeitskräften arbeiten müssen. Man werde sich von früheren Kriegsjahren her noch gut erinnern können, daß man durch die Verschiebung lediglich für eine gute Stunde eine schlechte erhalte; abends leiste sie — und morgen immer man mit ihr noch nicht sehr viel anfangen.

Mitgliederkrankheit bei Menschen. Die Erkrankungen an Malaria bei Menschen kommen immer noch häufig vor. Diese Erkrankungen sind fast regelmäßig mit einer Infektion der Nieren verbunden, sowie beim Umgeben mit Zierwasser in landwirtschaftlichen Betrieben oder in Abwehrbetrieben zurückzuführen. Auch in Gärten, Koffhaarpinnenreien, in Wästel- und Pinienmähreien kommen Infektionen vor. Die beteiligten Kreise werden daher zur größten Vorsicht bei Malariaanfällen bei Tieren ermahnt.

Rückporto beim Verkehr mit Behörden. Der Reichsfinanzminister hat verfügt, daß sämtliche Schreiben an Behörden, auf die eine Antwort erwartet wird, ein Briefumschlag mit aufgegeben, dem Postamt entsprechender Marke

Erspartes „Alkohol“-Geld.

Von Dr. J. Flaig, Berlin-Wilmersdorf.

Wo bleibt jetzt das Geld, das man früher in Amerika für berauschende Getränke ausgab? Es handelt sich dabei um wirklich nicht geringe Summen! Wenn wir von den Kriegsjahren absehen, in denen das Alkoholverbot rasche Fortschritte machte und eine Anzahl weiterer Staaten sich der so langen Reihe von Verbotsgebieten anfügten, so leben wir, daß im Jahre 1913 die Alkoholausgaben die Einnahmen aller amerikanischen Warenhäuser zusammen übertrafen. Sie betragen mehr als die Hälfte des Wertes aller Rohstoffe, die in den Vereinigten Staaten im Kleinverkauf umgesetzt wurden, mehr als der ganze Ausfuhrhandel vor dem Kriege und zweieinhalbmal soviel als die gesamte Staatsschuld im Jahre 1914.

Wird das ersparte Trinkgeld nun in der Tat für andere Dinge ausgegeben, und spiegelt sich das in den vermehrten Einnahmen in anderen Kleinhandelsgebieten wider? Berichte aus allen großen Städten zeigen, daß in der zweiten Hälfte von 1919 der Umsatz in fast allen Arten von Kaufwaren größer war als je. Es ist beim Handel, der von so vielen Umständen abhängig ist, schwer, mit Sicherheit den Einfluß eines besonderen Umstandes nachzuweisen. Aber doch läßt es auf, daß in der zweiten Hälfte von 1919 (nach Eintritt des „Kriegsgetriebens“) in verschiedenen großen Warenhäusern der Geschäftsgang durchschnittlich um 35% besser war als im ersten Halbjahr. Die außerordentlich großen und zahlreichen Einkäufe auf Weihnachtsfesten sprangen gleichfalls besonders in die Augen. Der Unterschied gegenüber den letzten sechs Monaten von 1918 ist noch größer, nämlich um 40 Prozent; aber vielleicht spielte im Herbst 1918 die Grippe eine Rolle. Welchen Anteil das Verbot an diesem vermehrten Umsatz gehabt hat, läßt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, aber daß es darauf von günstigem Einfluß gewesen ist, steht nach dem Urteil der Kaufleute fest. Auch die Tatsache, daß die Familien von ehemaligem Einkommen nach dem Zusammenbruch von Wohlhabensvermögen besser beschaffen und befriedet sind, weist in derselben Richtung.

Doch scheint trotz der vermehrten Ausgaben und ungeheuren Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse noch mehr gespart werden zu können als früher. Und auf die Dauer, wenn für die ersten dringlichsten Bedürfnisse in manchen durch den Krieg verarmten Familien gesorgt ist, wird das noch besser werden. Der Staat Ohio wurde bereits am 1. Mai 1919 trocken. Im Sommer jenes Jahres sah man noch

keine ungewöhnliche Steigerung der Sparausgaben, aber im Herbst und Winter war dies bereits der Fall. Blumen drei Monaten nahmen in diesen Anfalten die Einnahmen um 6 400 000 Dollar zu.

Eine andere Erscheinung ist der zunehmende Beschaffungsbedarf. Die große Verlagsgesellschaft Curtis sah nach dem 1. Juli 1919 die Nachfrage nach drei von ihr herausgegebenen Büchern fortgesetzt steigen. Trotz der Papiernot mußte die Auflage der „Saturday Evening Post“ vergrößert werden. Nicht nur, daß man jetzt mehr Geld hat als früher, um eine Zeitung zu kaufen, sondern auch die Befehle hat zugenommen, und manch einer, der früher seine Abende in der Kneipe zubachte, kauft nun eine Zeitschrift oder ein Bilderblatt, um sich damit zu beschäftigen.

Doch der größte wirtschaftliche Vorteil des Verbots liegt noch nicht in der Ueberwindung des Geldstroms aus dem einen Teil ins andere. Er ist vielmehr in der Vermehrung der Güterzeugung, der Abnahme der Arbeitsverlummisse und der Zunahme des Verantwortungsbegriffs, Selbstbewusstseins und Ehrgeizes bei den Arbeitern zu suchen. Und diese Wirkung wird sich noch von Jahr zu Jahr steigern und den Vereinigten Staaten, wenn die anderen Länder ihrem Beispiel nicht folgen, die gewerbliche und wirtschaftliche Vortrefflichkeit in der Welt sichern.

Manche Erscheinungen, die mit dem Getränkeverbot auch eng zusammenhängen, sind unter dem Befehlen des Verbots entweder fast unverändert geblieben oder ganz geblieben. Von den Fällen, die in den großen Städten bei verschiedenen Armenfürsorgeanstalten vorkommen, werden etwa 25% unmittelbar und ein noch größerer Bruchteil mittelbar dem Alkohol zugeschrieben. Nach Einführung des Verbots sind diese Fälle so gut wie ganz verschwunden. Auch die Polizeibehörden haben Gewinn zu buchen. Die Verhaftungen sind um die Hälfte bis zwei Drittel vermindert. In Boston hat die Zahl der Inhaftierungen im Tag um mindestens 40 Prozent abgenommen. In Pittsburg betrug die Zahl der Verhaftungen wegen aller Verbrechen und Verbrechen zusammen in der ersten Hälfte von 1919 noch reichlich 30 800, in der zweiten keine 15 000 mehr. In Union Town (Pennsylvania) betrug sie in der ersten zweiten Hälfte von 1919 weniger als in jedem der ersten drei Monate des Jahres. Und nicht nur die Trunkenheitsübertretungen, auch die ersten Vergehen: Schlägereien, Diebstähle mit Einbruch, Raub und Mord haben überall stark abgenommen. Das Arbeitshaus in Cincinnati (Ohio), das ein Jahr zuvor noch 352 Diebstahler beherbergte, mußte zu kurzfristigen Strafen,

gabte unter dem Verbot nur noch 74, die größtenteils noch eine langdauernde Strafe abzuliegen hatten. Ein vorwärtiger Kommissar der Strafjustiz von Massachusetts erklärte, die Inhaftungen von 26 Reichstrostinstalten können gegenwärtig gut in fünf Gebäuden untergebracht werden.

Alle Arbeitergeber, auch diejenigen, die dem Alkohol nicht feindlich gegenüberstehen, sind sich darüber einig, daß unter dem Verbot die Leistungsfähigkeit der Arbeiter ungenügend hat. Das „Bismarck“ und die verminderte Leistung nach freien Tagen ist so gut wie verschwunden. Auch die Zahl der Unfälle muß abgenommen haben, obwohl die Tatsache noch nicht zahlenmäßig festgelegt ist. Wie man weiß, stellen die Eisenbahngesellschaften in Amerika schon seit Jahren im Interesse der öffentlichen Sicherheit keine Leute an, die gefährliche Geschäfte machen. Das mußte natürlich allseitige Folgen haben, mag auch die Maßregel durch diesen und jetzt ab und zu umgangen werden. Doch spricht der Vetter einer der größten Eisenbahngesellschaften es als seine Ansicht aus, durch das Verbot werde die Zahl der Eisenbahnunfälle noch wohl um mindestens 10 Prozent zurückgehen.

Dabei haben wir die Veränderungen in der Lebenshaltung der Arbeiter und ihrer Familien noch nicht einmal näher berührt. Hier zeigt sich da und dort eine völlige Umwälzung. Und selbst in ganzen Vierteln in der Umgebung der höchsten Kneipen hat sich das Aussehen, die ganze Atmosphäre verändert. Kein Wunder, daß der Vetter eines Bergbaubetriebs schrieb: „Alles wohl betrachtet, ist noch nicht einmal das, was wir in Zahlen ausdrücken können, das Bedeutendste, sondern das ist es, daß man an allem sieht, daß in unserem Landstrich die Dinge besser gehen, die Wohnungen besser eingerichtet sind, die Männer, zum erstemal in ihrem Leben, Interesse für ihre Familien zeigen, daß sie die Freude finden, die aus der Anschaffung des einen und anderen Luxusgegenstandes entspringt, an den sie noch nicht gewohnt waren. Ich bin selbst nicht enthusiastisch, aber ich bin vollkommen überzeugt, daß für unseren Bezirk das Verbot die größte Wohltat ist, die ich während meiner ganzen Industralienlaufbahn je mit erlebt habe.“

Dies also das allgemeine Bild nach Quellen und Tatsachenberichten von erster Hand. Der Verfasser des genannten Artikels sagt gewiß mit Recht: „Nicht dünkt, mit solchen Erfahrungen von glaubwürdigen Augenzeugen und unparteiischen Untersuchern vor Augen, hat man vorerhand noch keine Ursache, von einem völligen Mißlingen des Verbots in Amerika zu reden. ... Die Verbotsbewegung hat dort bis jetzt sehr weitreichende und segensreiche Folgen gehabt.“

durch den Ausfall, in dem Empfänger... — Bei dieser... auch im Ver... erwarten, daß... hung unvorla... weiterbeder... getragen wird...

* Kunde... Amsterdams... der Gastau... st nach einer... Weiteres...

8 Ueber... erscheinende... vorausgesetzt... unter seit 3... Weipert h... von einem D... diesem noch... hirters Tod ein... bildet dieser... den die Geme... werden auf b... forbenen in...

Stuttgart, Banke zulass... bringende Bel... Der Verlauf d... Zurechnung... Haftung, daß... das vor 14... Besetzung kon... über dem Bau... gerungstisch a... auf Abengeld... nicht verachtet... die Kontrolle... hing durchgef... einen dringlich... wochenfakt... (Komm.), daß... Befassung der... schlagnahm wi... gierung das G... haben, aber da... abgeben wird... laubter Verfall... werden konnte... und Scherpre... ordnungsausf... dem nach ein... des 8 1 durch... licher Abkimm... Abg. Albrecht... führte die Ver... seltungsgefie... dem Hause vor... ausführt, hat... Befassungsf... Die Abg. Re... Löcher, (Dob... wert, Baum... anderen Vänd... auf Bayern ge... und die Teure... die Interessen... vergeblichen... die märt. Sta... ändern. Der... gab ein läng... sich gegen die... Stanten des... werden. Zwei... währung der... andere vierst... werden angen... r Stimmen di... Gleich wird so... Nächste Sitzung... Wästelsetzung...

r Vom L... kerung von... forstlichen Ab... Dr. Müller, E... gestellt: Der V... schließheit, di... einem der P... ministerium b... erwiderten B... jenen in den... Was bedent... durrenblühige... werden. Die... herbeigeführt... berg, das in d... außerordentlich...

r Ameri... ten von fünf... lei Gerlichten... holen auf der... und überflü... r Bauer... tag beginnt u... in der Besch... sigung um B... raismittellose... tralgenoffen... und der Deit... Mitglieder d... vereinigen si... elieder zu ein... bei werden d... Bauervereine... beschließen a... Bauernvereine... vomittags 10... ger in Deit... edem den b...



auf 70 A für 100 A Steuer-
einer Einnahme von 1 980 000
wachen von Maß-Schönungen,
Hüt-Suiten.

zum Geschäftplan der Kam-
mer einer forstlichen Abteilung
100 A vorgelesen sind, eine
r Forstwirtschaft beantragten
ung dieser Abteilung um ein
bis die Frage der Errichtung
er Landes Interesse vorgelegt
rödel und Präsident Adorno
ren Wärdern die Sache auch
irtschaft bei der Landwirt-
v. Bauverbände hätten das
le forstliche Abteilung sofort
eren des Forstbesitzes in der
er das erste und letzte Wort
bei der neuen Forstkommission
h einschließend mitzuspochen
gen sich zwei Duzend Red-
gen 10 Stimmen abgelehnt
mer wird also erledigt. An-
ang Lang-Pollinger betr. Je-
Vorstandsmitglied der Kam-
ge auf Erhöhung einzelner
Schulden wurde einstimmig
ein Vortrag über den Refor-
m Rat. — Schluß der Sig-
1; Donnerstag vorm. 8 Uhr:
Ansprache a. a.

und Bezirk.

Regod, 13. Mai 1921.

Sommerzeit.
Vorbereitung hat nachfolgende bringende
in, an den Deutschen Reichstag
um abgeben. Die
Regierung die Arbeit befehlen,
er einzuführen. Der Reichstag
hat in seiner letzten Sitzung
schieden Protest einzulegen und
mit allen Mitteln die, die land-
liche Ernteerzeugung zu verhindern.
Standpunkt erkräftigt sich wohl.
er Sommerzeit und den früheren
Läufen.
* Ausbruch gebracht ist, glaubt
im Sinne aller Landwirte zu
nische Zeitrechnung ihnen vom
gend einen Vorteil durch sie —
welche mit fremden Arbeitskräften
vom früheren Kriegsjahren her
durch die Verchiebung lebhaft
erhält; abends schließt sie —
och nicht sehr viel anfangen.

Leiden. Die Erkrankungen
samen immer noch blühen vor.
primär auf eine Infektion
u. Hingegen mit Verrotten
oder in Abwehrbetrieben
den, Hofschaffensarbeiten,
in neuen Anstrichen vor. Die
ur größten Gefahr bei Mäg-

mit Viehbesitz. Der Reichs-
sämmtliche Schritte an Be-
wartet wird, ein Verleumd-
stanz entsprechender Worte

ch 74, die größtenteils noch
gen hatten. Ein vormaliger
du Massachussetts erklärte, die
alten Klanten gegenwärtig
acht werden.

igen, die dem Alkohol nicht
ch darüber einig, daß unter
l der Arbeiter angenommen
le verminderte Leistung noch
schwanden. Auch die Zahl
haben, obwohl die Zahl
ist. Wie man weiß, stellen
merks schon seit Jahren im
er keine Route an, die ge-
wisse natürlich günstige Fol-
gel durch diesen und jenen
Doch spricht der Vetter einer
en es als seine Aufgabe aus,
l der Wienbahnfälle noch
zurückgehen.

überungen in der Lebenshal-
nellen noch nicht einmal ab-
und dort eine völlige Um-
Werten in der Umgebung
ch Aussehen, die ganze An-
der, daß der Vetter eines
wohl betrachtet, ist noch nicht
ausdrücken können, das Be-
sch man an allem führt, daß
besser gehen, die Wohnun-
Wänner, zum erstenmal in
Familien zeigen, daß sie die
Schönung des einen und an-
ngt, an den sie noch nicht
cht entschlossen, aber ich bin
unserem Bezirk das Verbot
ährend meiner ganzen Indu-

ild noch Oueden und Tat-
Der Verfasser des genannten
Wich dankt, mit solchen
Augenzeugen und unpar-
bat man vorherhand noch
n Wählungen des Verbot in
erbsbewegung hat dort bis
kreiche Folgen gehabt.

durch den Antragsteller beigefügt ist, wolleigenfalls in allen
Fällen, in denen es sich lediglich um ein privates Interesse des
Empfängers handelt, ein Beschluß grundsätzlich nicht erfolgt.
Bei dieser Gelegenheit erinern wir daran, daß gleiches
auch im Verkehr mit den Zeitungen gilt; denn niemand kann
erwarten, daß das Porto für einen Nachschuß, die Rücksen-
dung unverlangt eingesandter Manuskripte oder eine Offset-
wiederherbeibringung von der Geschäftsstelle oder der Redaktion
getragen wird.

Knabenanstalt Göttingen. Bekanntmachung des
Ratstages des Jarmers: Die Knabenanstalt Göttingen
der Gustav Werner-Stiftung zum Bruderhaus Heutlingen
ist nach einer Mitteilung des Vorstands ab 1. 5. bis auf
Weiteres aufgehoben worden.

Ueberraschender Todesfall. Sulz, 12. Mai. Eine
erschütternde Trauerkunde durchläuft heute unser Dorf: ohne
vorausgesetzene Krankheit oder besondere Aufregung wurde
am 10. 3. Jahren im Dienst befindlicher Ortsvorsteher
Weippert heute vormittag 11 Uhr in seinem Amtszimmer
von einem Herzschlag gerührt. Es ist kaum zu fassen, daß
diesem noch rüstigen, schaffenskräftigen Mann ein so plötz-
licher Tod ein Ziel seiner Wirksamkeit setzen konnte und es
bildet dieses Schicksalsschlag einen abermaligen herben Beleg,
daß die Gemeinde binnen weniger Jahre erlitten hat. Wir
werden auf die verdienstliche öffentliche Wirksamkeit des Ver-
storbenen in seinen verschiedenen Eigenschaften zurückkommen.

Württemberg.

Landtag.

Stuttgart, 11. Mai. Der Landtag, der heute noch mehrwöchiger
Pause zusammengetreten ist, will noch vor Pfingsten eine Reihe
bringender Gesetze und den Staatshaushaltplan für 1921 erledigen.
Der Verlauf der heutigen Sitzung, in der innerhalb 4 Stunden die
Tagesordnung vollständig aufgearbeitet wurde, berechtigt zu der
hoffnung, daß dies gelingen wird, obwohl das Polyzettelgesetz,
das vor 14 Tagen zu stürmischen Szenen geführt hatte, heute zur
Beratung kam, lag eine Atmosphäre der Ruhe und Sachlichkeit
über dem Haus. Zunächst wurden fünf kleine Anfragen vom Re-
gierungsrat auf beantwortet: Die Anfrage Schermann (Ztr.), daß
auf Nebengebäuden bei den Volkshäusern in den Landgemeinden
nicht verzichtet werden kann, die Anfrage Winter (Soz.) dahin, daß
die Kontrolle über die in württembergischen Holzwarenbetriebe
hinzugeführte, die Anfrage Pflüger (Soz.), daß die Regierung
einen dringlichen Antrag auf Übersetzung der Stelle der Arbeiter-
molekularien in Berlin einbringen wird, die Anfrage Schmid
(Komm.), daß die kommunische Presse es ihrem eigenen Gesetz
und Verschonung verstoßenden Verhalten zu übersehen hat, wenn sie be-
schlagnahmt wird, und die Anfrage Dingler (Soz.), die Ein-
ziehung des Geldgesetzes für nichtabgelieferten Papier nicht aufge-
hoben, aber dahin geändert wird, daß von Geldbesitz überhaupt
abgesehen wird, wenn glaubhaft nachgewiesen ist, daß infolge er-
launter Verführung die nichtabgelieferte Menge Papier nicht geliefert
werden konnte. Die Strafverfolgung der Abgeordneten Oster (Soz.)
und Schepers (USP.) wurde gemäß den Anträgen des Reichstags-
ordnungsausschusses verweigert. Das Polyzettelgesetz wurde, nach-
dem nach ein Antrag Müllerber (LdP.) auf Streichung von Abs. 2
des § 1 durchgegangen war, ohne weitere Aussprache in nament-
licher Abstimmung mit 55 gegen 17 Stimmen (alle drei Soz. und
Abg. Müllerber) angenommen. In einer längeren Aussprache
führte die Beratung des Gesetzes zur weiteren Vervollständigung des Be-
schlages, das auf den Einspruch des Reichstagsministers
dem Hause vorgelegt wurde. Wie der Berichterstatter Scherl (LdP.)
ausführte, hat der Reichstagsminister gegen 12 Punkte des württ.
Beschlages Einspruch erhoben. Die Beschlusseinsprüche sind:
1. Die Abg. Kasper (Soz.), Hartmann (LdP.), Dr. Hürl (USP.),
Löhner (LdP.) und Hauer (Ztr.) waren darin einig, daß die
württ. Beamten nicht ungenügend gestellt werden dürfen als die der
anderen Länder. Sie behaupten, daß in Berlin immer Rücksicht
auf Bayern genommen wird, kritisierten die Ortshausintendanten
und die Zentralkomitees und legten eine Anschuldigung vor, daß
die Interessen der württ. Verkehrsbeamten, die bei den Einfuhrungs-
verhandlungen geschädigt wurden, genannt werden und übersehen
die württ. Beamten nicht schlechter wegkommen als die in anderen
Ländern. Der Finanzminister stimmte diesen Ausführungen zu und
gab eine längere Darstellung über die Beamtenfragen. Er verwahrte
sich gegen die Vorwürfe, die ihm hinsichtlich der Einfuhrung der
Beamten des Württembergischen Gewerks, Industrie und Handel
werden. Zwei Änderungsanträge, von denen der eine die Ge-
währung der Zentralkomitees an Mitglieder vorzieht und der andere
überörtliche Beamtenzahlung der Beamtengehälter fordert,
wurden angenommen, ersterer in namentlicher Abstimmung gegen
7 Stimmen des Bauernbundes, letzterer einstimmig. Das ganze
Gesetz wird sodann einstimmig verabschiedet. — Schluß 7 Uhr.
Mittwoch Sitzung: Donnerstag 3 Uhr: Verhandlung der Güterwerte-
Güterberatung.

Dem Landtag. Stuttgart, 12. Mai. Zur Frage der Be-
förderung von Gewerbe und Handel in Württemberg haben die
bayerischen Abgeordneten H. Müller, Wiber, Baumgartner, Fischer,
Fr. Müller, Siller, folgende Anfrage an das Staatsministerium
gestellt: Der Württ. Landtag für Gewerbe und Handel G. A. hat
Hilfsleistung, das in Württemberg Gewerbe, Industrie und Handel
um ein vielfaches höher befördert werden, als dies in den übrigen
Ländern des Deutschen Reichs zurzeit der Fall ist. Ist das Staats-
ministerium bereit, über das Verhältnis der Gewerbe- und
Industrie-Beförderung in Württemberg im Vergleich mit
den übrigen deutschen Ländern Auskunft zu erteilen? Was
bedeutet das Staatsministerium zu tun, um diese, die Kon-
kurrenzfähigkeit der württ. Handel- und Gewerbebetriebe schäd-
liche Verschwendung zu beseitigen, insbesondere auch durch die
Förderung auf erhöhte Zuzahlung aus Reichsdarlehnen für Württem-
berg, das in dieser Richtung den anderen Ländern gegenüber bisher
außerordentlich demagogisch ist?

Amerikanerbesuch. Stuttgart, 11. Mai. Das Eintref-
fen von fünf amerikanischen Automobilen gab heute zu aller-
erst Gelegenheiten in der Bevölkerung Anlaß. Die Amerikaner
holen auf dem Dreifriedhof bestattete amerikanische Soldaten
und überführen sie nach Amerika.

Bauernvereinstagung. Ulm, 11. Mai. Der Bauern-
tag beginnt am Sonntag, den 22. Mai mit einer Ausstellung
in der Seelschule. Zu einer außerordentlichen Vorstand-
sitzung im Wohnhofstadel sind die Vorstand und Ausschü-
smitgliedern des Schwäb. Bauernvereins und dessen Jura-
konsultantenschaf, sowie die Vorstände der Bezirksbauernvereine
und der bayerischen Bauernvereine, die Kreisverbände und die
Mitglieder der Sonderauschüsse eingeladen. Abends 7 Uhr
vereinigen sich die bereits eingetragenen Bauernvereinsmit-
glieder zu einem Beschlusseabend im Ruffischen Hof. Bei
diesem werden die Vertreter von der Vereinigung der deutschen
Bauernvereine, Freiherr von Perabertin, sowie Dr. Crona,
bayerischer auch die Vertreter des bayerischen und badischen
Bauernvereins Anwesenden halten. Montag, den 23. Mai
vormittags 10 und 10^{1/2} Uhr finden die Hauptversammlun-
gen im Weißen Hof und im Rath. Gefellenhaus statt, wo
neben den bereits genannten Rednern der Generalsekretär

des bayerischen Bauernvereins, Professor Dr. Schittenbauer
über „Anfere wirtschaftliche und politische Lage“ sprechen wird.
Ein Malheurjahr. Vom Bodensee, 11. Mai. Die
Malheurplage hat in der ganzen Bodenseeregion ein Aus-
maß angenommen, wie es schon seit Jahren nicht mehr der
Fall war. Die Bäume sind von den gefährlichen Wespen
nicht befreit. An den Straßen und Schwegen, die mit Staub-
säumen eingefüllt sind, kann man die toten Käfer oft zu
vielen Dutzenden antreffen, die in der Frühe erhartet zu Bo-
den fielen.

Handels- und Marktberichte.

Markttag in Calw. Calw, 12. Mai. Ueber dem ge-
stirnten Marktag brachte eine frühlingsschöne Sonne vom
blauen Himmel. Den ganzen Tag herrschte ein lebhaftes
Treiben zwischen den Verkaufstischen. Der Pferdemarkt
war mit 60 Pferden besetzt. Verkauf und gehandelt wurde
nur wenig, außer was hernach noch in Wirtschaften gehan-
delt wurde. Der Viehmarkt war mit 175 Stück Rindvieh
besetzt, worunter 3 Färren, 16 Ochsen, 70 Stiere, 55 Kühe
und 31 Stück Jungvieh. Verkauf wurden Ochsen zum Preis
von 9000—11000 A, Stiere zu 5000—7000 A, Kühe zu
7000—10000 A, Jungvieh zu 1500—6000 A; der Handel
war flau. Auf dem Schweinemarkt waren zugeführt
388 Stück Milchschweine, die pro Paar 900—1140 A kosteten
und 58 Käfer, von denen das Stück 600—1150 A kostete.
Ein Teil der zugeführten Tiere blieb un verkauft.

Vieh- und Schweinemarkt. Herrenberg, 12. Mai. Am
Dienstag konnte hier noch langer Unterbrechung wieder der
erste Viehmarkt abgehalten werden. Der Besuch des Marktes
war infolge dessen auch außerordentlich stark. An Vieh wurde
zugeführt: 17 Ochsen, 3 Bullen, 119 Kühe und Kalbinnen
und 178 Stück Jungvieh. Die Preise zeigten ein weiteres
Zurückgehen. Erhöht wurden für ein Paar Ochsen 16000
bis 22000 A, trächtige und Milchkühe 6000—9000 A,
Schlachtkühe 3000—4000 A, Kalbinnen 6000—10000 A,
Jungvieh 2000—5000 A. — Dem Schweinemarkt waren
zugeführt: 350 Stück Milchschweine und 130 Stück Aufzucht-
schweine. Für ein Paar Milchschweine wurden 750—1000 A,
für ein Paar Aufzuchtswine 1400—2000 A bezahlt. Es wurde
fast die ganze Futur verkauft.

Vieh- und Rohmarkt. Ulm, 12. Mai. Der Vieh-
markt der nach halbjähriger Abwesenheit wieder zum erstenmal ab-
gehalten wurde, war sowohl von den Bauern wie von den
Händlern außerordentlich gut besucht. Der Handel war an-
fangs gedrückt, hat sich aber später etwas besser entwickelt.
Besonders war sehr begehrt, während Einfuhrer weniger
verlangt wurde. Es hatte den Anschein, wie wenn die Preise
etwas zurückkämen. Angeführt waren: 6 Färren, 10 Ochsen
und Stiere, 149 Kühe, Kalbheit und Kinder, 9 Kälber, 54 Milch-
schweine in 8 Wägen. Verkauf wurden: 4 Färren, 7 Ochsen
und Stiere, 99 Kühe, Kalbheit und Kinder, 7 Kälber, 46 Milch-
schweine. Der auch wieder erstmals stattgefundenen Rohmarkt
war eine gute Zufuhr von Pferden aller Gattungen auf.
Auch der Andrang von Landweiden war ziemlich stark. Der
Handel verlief aber etwas flau.

Letzte Drahtnachrichten.

Kurzer Reichstagsbericht.

Berlin, 12. Mai. Bei der Abstimmung über die Ge-
nehmigung der Strafverfolgung des Abg. Wendelin Thomas
(Komm.) wegen Verleumdung, Unterdrückung und Weisheit
bezweltet der Abg. Emmert (USP.) die Beschäftigung des
Hauses und Präsident Lohde beantragt um 1/2 Uhr die neue
Sitzung auf 1/2 Uhr an.
Zu Beginn der neuen Sitzung schließt Präsident Lohde
vor die Abstimmung der Angelegenheit Thomas auf eine
letzte Sitzung zu verziehen. Ohne Debatte wird der
Anschlusssatz über die Sondergerichte, wonach den Ange-
klagten die Verteidigung erleichtert wird und die Anklage vor
diesen Gerichten nur erhoben werden darf, wenn die Tat mit
den Mitzurechnen zusammenhängt, angenommen. Jugend-
liche unter 18 Jahren sollen nicht vor das Sondergericht
kommen. Der Weisheitsentwurf der Auslandsbehörden wird
an den Hauptauschuss und der Weisheitsentwurf über den Ge-
treibeverkehr an den Reichstagsauschuss überwiesen. Bei
dem Weisheitsentwurf über erhöhte Anrechnung der Ver-
tragsdienstzeit der Beamten befreit Abg. Hoffmann (Komm.)
die Beschäftigung und der Präsident beantragt die neue
Sitzung auf 1/3 Uhr an.

In der dritten Sitzung erledigt der Reichstag zunächst
eine Anzahl Petitionen ohne Aussprache nach dem Ausschuss-
antrag und ergeht in einer Entschliessung die Regierung um
Gemeinsame eines Weisheitsentwurfes über die Lage im Saargebiet.
Die Petition gegen die Einfuhrung der Kinderzulage für Be-
amte wird dem Hauptauschuss überwiesen. Nach Erledigung
der Tagesordnung schlägt Präsident Lohde vor, die nächste
Sitzung am 31. Mai, nachmittags 3 Uhr abzuhalten. Nach
Ablehnung verschiedener Anträge auf Frühberatung der näch-
sten Sitzung, stimmt das Haus dem Vorschlag zu. Dieser
erhöht die Sitzung, eventuell eine frühere Sitzung an-
zugeben mit der Tagesordnung: Volksrecht, Staats-
gerichtshof, Reichshausgesetz. Von kommunischer Seite wird
verlangt, daß die Programmierung der neuen Regierung
auf die Tagesordnung gesetzt wird. Die Regierungsparteien
stimmen dagegen. Präsident Lohde erklärt, er behalte sich vor,
das Regierungsprogramm auf die Tagesordnung zu setzen
und um 1/4 Uhr vertagt sich das beschlußfähige Haus.

Französische Mitdämpfer.

Wie der L. A. aus Kofel meldet, sind bei den Kämpfen
in der Gegend 11 uniformierte Franzosen, die in den Rei-
hen der Polen mitgekämpft hatten, von deutschen Soldaten
gefangen und abtransportiert worden.

Verordneter die Verhandlungen mit Korfanz.
Wiederannahme der Arbeit in Oberschlesien.

Oppeln, 13. Mai. Während des Verlaufs der zwei-
wöchigen Verhandlung der Vertreter aller politischen Parteien
einschließlich der Deutsch-Nationalen und Kommunisten mit
der alliierten Kommission hat General Berond erklärt, daß
seinerlei Verhandlungen mit den polnischen Insurgenten statt-
gefunden hätten. Es hätte sich lediglich um örtliche Verhand-
lungen zum Schutz der deutschen Bevölkerung und des deutschen
Besitzes gehandelt. Der General versichert erneut, daß man

Truppen angefordert habe. Obwohl die Erklärung Beronds
nicht vollständig befriedigte, beschloß die Parteien doch von
einer Fortführung des Streiks Abstand nehmen zu wollen.
Demgemäß wird die Arbeit heute um 7 Uhr abends wieder
aufgenommen.

Oppeln, 13. Mai. Heute Mittag wurde der General-
streik erklärt, der sofort mit aller Schärfe einsetzte; alle Be-
amten haben sich der Streikbewegung angeschlossen. Trotz-
dem General Berond erklärt hat, daß die Warschauer Angaben
über den Abschluß eines Waffenstillstands nicht den Tatsachen
entsprechen, wurde heute in polnischer Frontstadt aufgetragen,
zwischen den Alliierten und den Polen ein Abkommen ge-
troffen sei, nach dem die alliierten Truppen sich zurückziehen
würden und durch polnische Truppen ersetzt werden sollen. — Die
Richtigkeit dieser Meldung wird von Berond bestritten.

Kampfmüdigkeit in den Reihen der Insurgenten.

Berlin, 13. Mai. Wie die Voss-Zeitung meldet, beginnt
sich in den Reihen der poln. Insurgenten in Oberschlesien
Kampfmüdigkeit zu zeigen, da es Korfanz nicht gelingt die
notigen Abhängigkeiten auszubringen. An verschiedenen Stel-
len des Aufstrebens sind die Arbeiter zu ihrer Arbeit zu-
rückgekehrt.

Aufhebung der Reichsgolddränge?

Paris, 13. Mai. Nach einer vom Temps veröffentlichten
Nachricht aus London soll der Vertreter Englands in der
Kolonialkommission in London angekommen sein, um die
Aufhebung der Golddränge am Rhein und die Räumung von
Düsseldorf und Duisburg zu besprechen.

Das englische Unterhaus.

London, 12. Mai. In Beantwortung verschiedener An-
fragen erklärte Lloyd George, daß keine englische Truppe an
den Kämpfen in Oberschlesien teilgenommen habe. Ein Abge-
ordneter wies den Ministerpräsidenten darauf hin, daß am
vergangenen Sonnabend die französische Presse anlässlich
im Falle der Befreiung des Ruhrgebietes sei die englische
Regierung verpflichtet, Zwangsmaßnahmen zur See zu er-
greifen. Lloyd George antwortete, daß angesichts der An-
nahme des Verbotsabkommens durch Deutschland es unan-
gebracht sei, diese Frage wieder auf die Tagesordnung zu
setzen. Lloyd George gab ferner zu verstehen, daß das Ge-
setz betreffend die Erhebung eines gewissen Prozentsatzes von
der deutschen Einfuhr aus Frankreich in Kraft bleiben werde.

Vom englischen Kohlenstreik.

London, 13. Mai. Nach einer Reuters-Meldung hat der
Ausführende Ausschuss der Lokomotivführer und Heizer die
Mitglieder des Verbands angewiesen, die Zuge mit Streik-
brecherlokomotiven nicht zu fahren.

Englische Rückzahlungen an Amerika.

Mit dem Dampfer „Mauretania“ ist in New York am
Dienstag eine Goldbarren von 5 Mill. Dollars für das
Haus Morgan eingetroffen. Man berichtet, daß dies die
erste einer Anzahl von Sendungen ist, die die englische Re-
gierung für die Rückzahlung der Obligationenleihe von 150
Mill. Dollars zu 5% a. Jhd. macht, die am 1. Januar 1921
abläuft.

Letzte Kurz-Meldungen.

Einer Meldung der Voss. Ztg. zufolge beabsichtigt Kor-
fanz, die Unabhängigkeit Oberschlesiens zu proklamieren.

Lloyd George soll demnach aus dem Ministerium Sto-
litz ausscheiden, um als Botschafter nach Paris zu gehen.
Nach Briefmeldungen gehen Frankreich, England und Frankreich
die Golddränge am Rhein und die Befreiung von Düsseldorf
und Ruhr trotz Annahme des Ultimatums durch Deutsch-
land beizubehalten.

Im englischen Unterhause erklärte Lloyd George, die
englische Regierung werde den 50%igen Zoll auf deutsche
Waren beibehalten.

Die Völkerbundskommission zur Prüfung der Verhält-
nisse auf den Kanarischen Inseln schlägt die Befreiung bei Fin-
land vor.

Der diesjährige Parteitag der Mehrheitssozialisten findet
vom 18. bis 24. September in Götting statt.

Die weltw. Landwirtschaftskammer legte den Beschluß,
die völlige Aufhebung der Zwangsweisheit zu fordern.
Die italienische Regierung hat eine Note nach Warschau
geschickt, in der sie für die Lösung der italienischen Offiziere
und Soldaten eine Entschädigung in Höhe von 15 Millionen
Lire fordert.

Die Meldung über das Zustandekommen des Waffen-
stillstands mit den polnischen Insurgenten wird von der
internationalen Kommission amtlich dokumentiert.

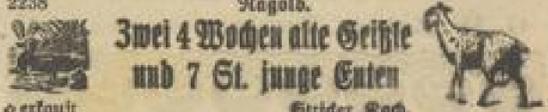
Nach einem Radiotelegramm aus Washington erwartet
man, daß die Resolution Knox nach der jetzt erfolgten Lösung
der Reparationsfrage binnen kurzem im Repräsentantenhaus
eingebracht wurde.

Regod.

Die Erben des Ferdinand Wolf, als Buchbindermeister
hier, bringen Anteil am
Geb. Nr. 200 1 a 68 qm Wohnhaus und Hofraum
am Marktplatz.
Geb. Nr. 200 a 77 qm Scheuer u. Hofraum hinter
Geb. Nr. 200 am Marktplatz.
Parg. Nr. 760/1 1 a 37 qm Land 3/4 Aletbrunnen
im weiteren Termin am Samstag den 14. Mai, vormittags
11 Uhr auf dem hiesigen Rathaus zur

öffentlichen Versteigerung,

wegen Viehhaber eingeladen werden.
Im Haus kann ein Labengeschäft betrieben werden und
ist bis 1. Juni beziehb. Bei günstigen Angebot erfolgt
der Zuschlag sofort. 2239
Den 12. Mai 1921. Notarschreiber:
Meier.

2238 Regod.

Zwei 4 Wochen alte Griffe
und 7 St. junge Enten
erlaubt Strider Rog.



